

**Stellungnahme
zum
"Vorschlag der EU-Kommission zur Förderung
Erneuerbarer Energien"**

Die EU-Kommission hat am 23. Januar 2008 ein Vorschlagspaket zum Klimaschutz und zur Förderung Erneuerbarer Energien vorgelegt. Der Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie (VHI) begrüßt zwar das ambitionierte Vorhaben der Kommission, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, jedoch basieren die Vorschläge auf einer völlig unzureichenden Datenbasis über den Flächenbedarf und den aktuellen Verbrauch nachwachsender Rohstoffe in Europa. Die durch die Pläne der EU weiter forcierte Rohstoffverknappung auf Grund der zunehmenden Verbrennung von werthaltigem Holz lehnt der VHI ab. Er fordert im Sinne des Klimaschutzes, Holz zunächst mehrfach stofflich zu verwenden bevor es verbrannt wird.

Zu den einzelnen Maßnahmepaketen:

Wärmesektor:

Der Einsatz von Biomasse zur Wärmeerzeugung ist seitens des VHI grundsätzlich zu unterstützen, doch müssen dazu verlässliche Daten über die Rohstoffpotenziale der einzelnen Energiequellen, insbesondere von Holz, vorliegen und das tatsächliche Nutzungspotenzial richtig beurteilt werden. Bisher wird das energetisch nutzbare Holzpotenzial in Europa jedoch bei Weitem überschätzt. So werden in der EU bereits jetzt rund 50 Mio. m³ Holz mehr eingeschlagen, als statistisch erfasst sind^[1]. Der seit einigen Jahren drastisch ansteigende Energieholzeinsatz führt bereits zu einer Verknappung der Menge des vorhandenen Holzes für die Holz verarbeitende Industrie. Nach Berechnungen der FAO wird, bedingt durch die EU-Pläne, der Fehlbedarf an Holz in Europa im Jahr 2010 185 Mio. m³ und im Jahr 2020 zwischen 317 und 448 Mio. m³ betragen^[1].

Der VHI fordert folglich das für die Energiegewinnung eingesetzte Holz nach dem Grundsatz der Kaskadennutzung zu verwenden. Diesem Prinzip zufolge dient der Rohstoff an erster Stelle der stofflichen Nutzung, bevor er energetisch verwendet wird. Die aktuellen Pläne der EU – so die Befürchtungen des VHI – werden jedoch dazu führen, dass der Brennholzverbrauch in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten exorbitant ansteigen und die energetische Nutzung gegenüber der stofflichen erheblich überwiegen wird. Einer Ressourcenverknappung muss aber in jedem Fall entgegen gewirkt werden.

Diesem Ziel kann jedoch nicht nachgegangen werden, wenn – wie in dem Kommissionspapier vorgesehen – Biomasse-Kleinfeuerungsanlagen weiterhin staatlich gefördert und subventioniert werden sollen. Geschürt wird diese Art der Nutzung weiterhin durch die von der Kommission angedachte Regelung für die

einzelnen Mitgliedsstaaten, bei Neubauten und Renovierungen einen Mindestanteil Wärme aus regenerativen Energien zu beziehen. Dieses Vorhaben kann seitens des VHI nur dann unterstützt werden, wenn es sich bei diesen Energiequellen nicht primär um die Verwendung von Brennholz handelt.

An dieser Stelle muss explizit erwähnt werden, dass eine Forcierung des Holzeinsatzes zur Wärmegewinnung der Holzwerkstoffindustrie die Rohstoffbasis entzieht, wodurch zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet werden und die Wertschöpfung des Holzes erheblich sinkt. In Deutschland werden bereits 40 Prozent des Gesamtholzaufkommens in Höhe von 107 Mio. m³ energetisch genutzt. Knapp 60 Prozent (22,9 Mio. m³) gelangen unmittelbar aus dem Wald ohne vorangestellte stoffliche Nutzung in Kamine und Holzöfen^[2]. Damit deckt Waldholz aber nur ca. 1,2 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs ab. Selbst bei einer Nutzung des gesamten Jahreseinschlags in Deutschland zu 100 Prozent als Energieholz, könnten damit nur 3 Prozent des Primärenergiebedarfs gedeckt werden^[3].

Die vermehrte Holzverwendung in Möbeln oder im Bausektor ist ein höherer Garant das Kohlendioxidgas in der Atmosphäre über Jahrzehnte zu reduzieren, anstelle Holz gleich zu verbrennen und so das gebundene Kohlendioxid sofort wieder freizusetzen.

Ausbau der Biokraftstoffe:

Bei der Umsetzung des bis 2020 zu erreichenden Mindestzieles, einen Anteil von 10 Prozent Biokraftstoffen im Verkehrssektor der EU zu erlangen, kommt es laut des EU-Vorschlages ganz wesentlich auf die Nachhaltigkeit der verfügbaren Ressourcen an. Doch die Anbauflächen, die für Energiepflanzen zur Verfügung stehen, sind begrenzt, so dass es zu einer weiteren Flächenkonkurrenz zwischen Energie- und Nahrungspflanzen kommt.

Berechnungen der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigen auf, dass EU-weit allein 38 Prozent der gesamten Agrarfläche zum Anbau von energetisch nutzbaren Pflanzen nötig wären, um das 10-Prozent-Biokraftstoffziel durch die Beimischung von Biodiesel und Bioethanol zu erreichen^[4]. In Deutschland würde dieser Flächenbedarf 52 Prozent bedeuten^[5].

Auch ein Import von Biosprit scheidet aus. Denn für die Herstellung von Biodiesel, beispielsweise aus Palmöl, müssten die vorhandenen Tropenwälder zunächst gerodet werden, um Ölpalmen zu pflanzen. Nach Berechnungen der Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA) wird es in Malaysia oder Indonesien 74 Jahre dauern, bis der negative Treibhauseffekt durch die Umwandlung von bestehenden Wäldern in landwirtschaftliche Flächen wettgemacht wird. Bei der Sojabohnenproduktion in den brasilianischen Regenwäldern sind es sogar 450 Jahre^[6].

Zwar kann der Einsatz von Biotreibstoffen, in Anbetracht des Potenzials an CO₂-Einsparungen in einem gewissen Rahmen durchaus sinnvoll sein, doch das Ziel muss ein Ressourcen schonendes Handeln bleiben. Es muss in jedem Fall verhindert werden, dass die geplante starke Nutzung von Biomasse als Treibstoff der Erde mehr schadet als nützt.

Emissionshandel:

66 Mrd. Euro zusätzlich werden nach EU-Plänen für den Kauf der CO₂-Emissionsrechte der Unternehmen zur Stromproduktion allein in Deutschland bis 2020 fällig. Enorm ansteigende Energiepreise für Industrie, Gewerbe und private Haushalte werden die Folge sein. Der ursprüngliche Plan des Emissionshandels, Klimaschutz zu geringen Kosten zu erreichen, ist so nicht realisierbar. Das Ersteigern der Zertifikate bedingt zudem eine Gefährdung der globalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Zwar zeichnen sich für Industriezweige mit hohem Energieverbrauch Sonderregeln ab. Doch will sich die Kommission mit der Festlegung, welche Branchen tatsächlich betroffen sind, bis 2010 Zeit lassen. Diese Ungewissheit für die Unternehmen lässt keine Investitionssicherheiten geschweige denn Planungsmöglichkeiten zu. Als energieintensive Branche steht die Holzwerkstoffindustrie im starken internationalen Wettbewerb. Daher fordert der VHI auch eine Ausnahme für die Holzwerkstoffindustrie ab 2010.

Fazit:

Der Kommissionsvorschlag zur Förderung Erneuerbarer Energien bedarf einer grundlegenden Überarbeitung. Die Planungen zur Förderung Erneuerbarer Energien müssen verifizierbare Daten über den Flächenbedarf sowie das Biomassepotenzial und dessen Verfügbarkeit mit einschließen. Beim Energieholz muss das Prinzip der Kaskadennutzung – Holz zunächst möglichst mehrfach stofflich und dann erst energetisch zu verwenden – vorherrschen. Denn die zunehmende Brennholznutzung führt zu einer verkürzten Nutzungsdauer des in Holz und Holzprodukten gespeicherten Kohlenstoffs. Daher sollte vermehrt Holz als Baustoff und in Möbeln Verwendung finden und Brachlandflächen in Europa aufgeforstet werden. Leider enthält der Kommissionsvorschlag hierzu keinerlei Aussagen. Auch fehlen jegliche Vorschläge zu den Themen Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Gießen, 13. Februar 2008

^[1] MANTAU, U.; PRINS, K.; STEIERER, F.; HETSCH, S.: Wood resources availability and demands – implications of renewable energy policies, a first glance at 2005, 2010 and 2020 in European countries; Oktober 2007.

^[2] MANTAU U.; SÖRGEL, Ch.; WEIMAR, H.: Holzrohstoffbilanz Deutschland, Mai 2007

^[3] JACKE H., Energie aus Waldholz

^[4] IEA Internationale Energieagentur; Paris; www.iea.org.

^[5] SINN, H.-W.: Fachreferat anlässlich des Symposiums "Energie aus nachwachsenden Rohstoffen – Perspektive oder Irrweg?"; 31. Januar 2008; München.

^[6] EPEA Internationale Umweltforschung GmbH: Nahrungsmittel als Kraftstoffe? Eine wissenschaftliche Bewertung von ökologischen und sozialen Auswirkungen von Biokraftstoffen der ersten Generation; Deutsche Kurzfassung; April 2007; Hamburg.